



metallforderung

EIN NEUES SOZIALES
SICHERUNGSVERSprechen

Für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik

Die soziale Absicherung im Alter ist ein Kernversprechen des Sozialstaats, das es zu erneuern gilt. Dafür brauchen wir einen Kurswechsel in der Rentenpolitik: Auskömmliche Renten müssen wieder vorrangiges Sicherungsziel des Sozialstaats werden, nicht möglichst niedrige Beiträge. Wir brauchen ein stabiles und langfristig höheres Rentenniveau, ergänzend eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung, gesicherte Übergänge in den Ruhestand und eine solidarische Finanzierung.

Die Verbesserungen der Rente in der ablaufenden Legislaturperiode können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Weichen falsch gestellt bleiben und die Versorgungslücken langfristig größer werden, wenn nicht ein grundlegender Kurswechsel in der Alterssicherungspolitik erfolgt.

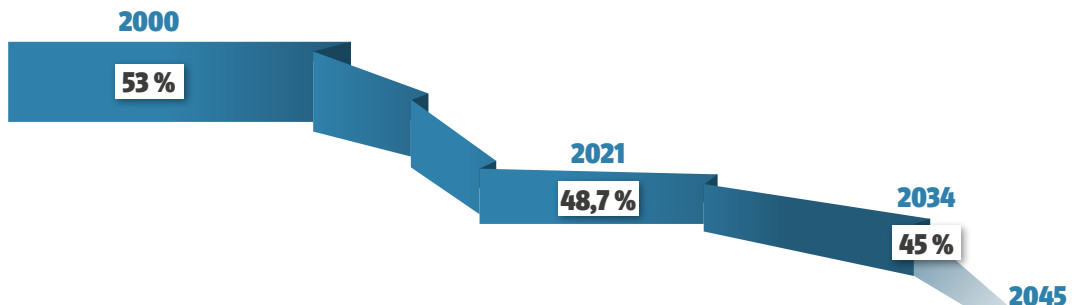
Denn das Alterssicherungssystem ist bislang unzureichend auf die bevorstehenden strukturellen Umbrüche vorbereitet: Es fehlen sozial abgesicherte flexible Übergänge in den Ruhestand und Absicherungen für individueller werdende Erwerbsbiografien. Und es mangelt an einer verlässlichen Perspektive auf auskömmliche Renten gerade für die jüngeren Generationen.

Die Eingriffe auf der Leistungsseite der gesetzlichen Rentenversicherung insbesondere nach der Jahrtausendwende führten dazu, dass das Leistungsniveau langfristig deutlich sinken wird. Die zusätzliche private Vorsorge kann

diese Lücke nicht wie versprochen füllen. Viele haben keinen Riester-Vertrag abgeschlossen, die Abschluss- und Verwaltungskosten sind zu hoch, die Renditen nach der Finanzmarktkrise im Keller. Für viele Beschäftigte ist daher im Alter sozialer Abstieg oder gar Armut vorprogrammiert.

Die Arbeitgeber sind an der Finanzierung der privaten Altersvorsorge nicht beteiligt und auch bei den Betriebsrenten übernehmen viele immer weniger oder gar keine Verantwortung. Die Kosten einer alternden Gesellschaft werden damit zunehmend den Beschäftigten aufgebürdet, für die zugleich die Perspektiven auf ein auskömmliches Leben im Alter schwinden. Es droht eine schwere Legitimationskrise der gesetzlichen Rentenversicherung und der Alterssicherungspolitik insgesamt.

Insbesondere die Zeit seit der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise ab 2008 hat deutlich die Stärke eines umlagefinanzierten Sicherungssystems unterstrichen. Daher fordert die IG Metall die Stärkung der gesetzlichen Rente und den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung. Weiteren einseitigen Belastungen der Beschäftigten und Verschiebungen des Systems der Alterssicherung Richtung Aktienspekulation erteilt sie hingegen eine klare Absage – egal, ob durch obligatorische zusätzliche Altersvorsorge im Rahmen eines Bürgerfonds oder in Form einer Doppel- oder Aktienrente.



Quelle: eigene Darstellung. Für 2000: Rentenversicherung in Zeitreihen 2020, Oktober 2020; ab 2021: Rentenversicherungsbericht 2020, Dezember 2020.

Das Rentenniveau ist seit 2000 bereits deutlich gesunken und wird weiter fallen, wenn die Weichen langfristig nicht anders gestellt werden. Stattdessen brauchen wir eine Anhebung auf das frühere Niveau.

FAIRWANDEL

Wahl 21



Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung

Um den Lebensstandard im Alter zu sichern und Armut zu verhindern, muss das Rentenniveau stabilisiert und langfristig angehoben werden. Mittel- bis langfristig ist die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung, in die alle Berufsgruppen einbezogen sind, ein zentraler Reformansatz.

96 %

der Befragten der IG Metall-Beschäftigtenbefragung 2020 sagen, dass nicht alle Beschäftigten bis zur Regelaltersgrenze arbeiten können und daher passgenaue und sozial abgesicherte Übergänge in den Ruhestand brauchen.

Um Altersarmut zu verhindern und durchbrochene Erwerbsverläufe besser abzusichern, bedarf es zudem einer Stärkung des sozialen Ausgleichs in der Rentenversicherung: Familiäre Sorgearbeit wie Kindererziehung oder Pflege, individuelle Zeiten der Aus- und Weiterbildung sowie von Langzeitarbeitslosigkeit müssen besser berücksichtigt werden. Die Grundrente gilt es im Sinne eines echten Mindestrentenanspruchs weiterzuentwickeln. Diese sozialen Ausgleichsleistungen sollten umfänglich steuerfinanziert werden.

In den aktuellen und kommenden Umbrüchen der Arbeitsgesellschaft sind ein realistisches Rentenalter und

gesicherte Übergänge in den Ruhestand besonders gefragt, damit ältere Beschäftigte nicht auf der Strecke bleiben. Schon heute schaffen es viele nicht bis zur Regelaltersgrenze. Ein weiteres Drehen an dieser Schraube würde für viele weitere Rentenkürzungen bedeuten. Das ist weder sozial gerecht, noch der Akzeptanz und positiven Gestaltung des Wandels förderlich.

Der Neuaufbau der Alterssicherung muss solidarisch finanziert werden. Neben einem höheren Steuerzuschuss und einer moderaten Anhebung des paritätischen Beitragssatzes auch oberhalb von 22 Prozent sollten zur Finanzierung der Alterssicherung auch höchste Einkommen und Vermögen stärker herangezogen werden. Als Ergänzung zu einer gestärkten gesetzlichen Rente ist eine verbesserte arbeitgeberfinanzierte, betriebliche Altersversorgung (bAV) als zweite tragende Säule im System der Alterssicherung notwendig. Sie kann einen zentralen Beitrag zur individuellen Absicherung im Alter, bei Erwerbsminderung sowie zur Hinterbliebenenversorgung leisten. Hierfür bedarf es weiterer Verbesserungen.

89 %

stimmen der Aussage zu oder eher zu, dass das Rentenniveau stabilisiert und mittelfristig erhöht werden muss und jede Anhebung des Rentenzugangsalters abzulehnen ist.

Quelle: IG Metall-Beschäftigtenbefragung 2020



Die IG Metall fordert

- ▶ das Rentenniveau zu stabilisieren und langfristig auf etwa 53 Prozent anzuheben
- ▶ gesicherte Altersübergänge:
 - ▶ bessere Rahmenbedingungen für Altersteilzeit
 - ▶ dauerhaft Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren
 - ▶ Nein zur Rente mit 67 oder 68!
- ▶ den Erwerbsminderungsschutz zu verbessern
- ▶ eine Stärkung des sozialen Ausgleichs und eine Weiterentwicklung der Grundrente
- ▶ Gute Renten – solidarisch finanziert:
 - ▶ moderate Erhöhung des paritätischen Beitragssatzes auch über 22 Prozent
 - ▶ höherer Steuerzuschuss und systemgerechte Finanzierung „versicherungsfremder“ Leistungen
 - ▶ Einbeziehung aller Berufsgruppen in eine solidarische Erwerbstätigenversicherung
- ▶ Verbesserungen bei der ergänzenden betrieblichen Altersversorgung (bAV). Schrittweise Umschichtung der Fördermittel der dritten Säule in die betriebliche Altersversorgung





metallforderung

EIN NEUES SOZIALES
SICHERUNGSVERSPRECHEN

Für gute Versorgung und gerechte Finanzierung in Gesundheit und Pflege

Alle Menschen haben ein Recht auf gute, umfassende und bezahlbare Leistungen im Bereich Gesundheit und Pflege. Diese sind aber nicht zum Nulltarif zu haben, müssen nachhaltig, sicher und vor allem gerecht finanziert werden. Die Weiterentwicklung der Kranken- und Pflegeversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung, die alle Bürger*innen einbezieht, ist ein zentrales Mittel, die in einer alternden Gesellschaft absehbar steigenden Kosten von Gesundheit und Pflege solidarisch auf viele Schultern zu verteilen und eine bessere Versorgung zu ermöglichen.

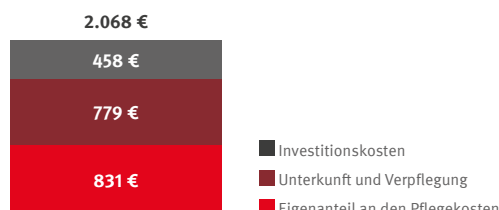
Die Corona-Krise hat uns allen drastisch vor Augen geführt, wie existenziell ein gutes Gesundheitssystem ist. Funktionierende Gesundheitsämter, die Verfügbarkeit von Schutzausrüstung, ausreichend Intensivbetten, genügend gut ausgebildetes Pflegepersonal und die rasche Entwicklung von Impfstoffen erwiesen sich gleichermaßen als Flaschenhalse und Schlüssel zur Bekämpfung der Pandemie.

Aber auch jenseits von Corona gilt: Niemand will bei einem Krankenhausaufenthalt von gehetztem Personal gepflegt werden, im Alter immer mehr Geld für Zuzahlungen, Medikamente und Eigenleistungen aufbringen müssen oder gar wegen horrender Eigenanteile bei den Pflegekosten in Sozialhilfe abrutschen.

Gerade die stationäre Pflege stellt für viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen eine enorme finanzielle Belastung dar. Denn die Pflegeversicherung ist keine Vollversicherung. Sie zahlt nur einen Zuschuss zu den Pflegekosten abhängig vom jeweiligen Pflegegrad. Die verbleibenden pflegebedingten Kosten im Pflegeheim müssen von den Pflegebedürftigen selbst bezahlt werden. Die monatliche Rechnung für alle Kosten im Pflegeheim wird so schnell zur finanziellen Belastungsprobe.

Zwar hat die große Koalition ein Gesetz auf den Weg gebracht, den monatlichen Eigenanteil für pflegebedingte Kosten in der stationären Pflege zu reduzieren. Diese Mini-Reform bringt aber nur wenig Entlastung und geht das Grundproblem nicht an, dass die Pflegeversicherung nur eine „Teilkasko“-Versicherung ist und nicht alle notwendigen Pflegeleistungen abdeckt.

Finanzielle Belastung von Pflegebedürftigen in der stationären Pflege im Monat



Quelle: eigene Darstellung nach vdek, Daten zum Gesundheitswesen (Stand Januar 2021)

Anders als die Pflegeversicherung ist die gesetzliche Krankenversicherung zwar eine Vollversicherung, die alle als medizinisch notwendig erachteten Leistungen abdecken soll. Jedoch haben hier Ausgliederungen aus dem Leistungskatalog wie z. B. von Brillen, Zuzahlungen zu Medikamenten und Therapien dazu geführt, dass die Versicherten immer stärker belastet wurden und sich diese Kosten gerade bei älteren und kranken Menschen massiv auf die Lebenshaltungskosten niederschlagen. Wir fordern daher in beiden Systemen Leistungsausweitungen und Entlastungen für die Versicherten.

In einer alternden Gesellschaft wird der Bedarf an Gesundheits- und Pflegeleistungen absehbar zunehmen. Umso dringlicher stellt sich die Frage, wie eine gute, umfassende Versorgung gewährleistet und solidarisch finanziert werden kann.



Solidarische Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege

Wir brauchen ein solidarisch finanziertes Gesundheitssystem, das Menschen unabhängig von ihrem Einkommen, ihrem Alter und ihrem Wohnort hilft, das präventiv wirkt und die Teilhabe am medizinisch-technischen Fortschritt für alle garantiert. Dazu müssen die Leistungskataloge in der Krankenversicherung erweitert, die Zuzahlungen abgeschafft und die pflegebedingten Kosten vollständig aus der Pflegeversicherung finanziert werden.

36 %

aller Pflegebedürftigen bezogen 2020 Hilfen zur Pflege nach dem SGB XII.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Ein zentrales Mittel, die Leistungsfähigkeit der Kranken- und Pflegeversicherung in diesem Sinne zu stärken, ist ihre Ausgestaltung als solidarische Bürgerversicherung, in die alle Bürger*innen einbezogen sind. „Alle rein ins Solidarsystem!“ lautet die Devise der IG Metall.

Das stärkt die Finanzbasis der Systeme und ermöglicht Verbesserungen der Versorgung für alle.

Zusätzlich ist der Steuerzuschuss so zu erhöhen, dass er die versicherungsfremden Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung ausgleicht.

Letztlich werden wir der Relevanz des zunehmenden Pflegebedarfs aber nur vollständig gerecht, wenn wir die Versorgung durch eine Pflegevollversicherung mitsamt Bundeszuschuss absichern. Die pflegebedingten Kosten müssen vollständig aus der Pflegeversicherung finanziert werden. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, eine bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur vorzuhalten – mit mehr Pflegepersonal, das besser bezahlt wird und bessere Arbeitsbedingungen hat.

Immer mehr Pflegebedürftige auf Sozialhilfe angewiesen

3,8 Mrd. Euro

wurden im Jahr 2019 für Hilfen zur Pflege nach dem SGB XII gezahlt. Allein im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um **fast 9 Prozent**.

Quelle: Statistisches Bundesamt



Die IG Metall fordert

- ▶ die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege, die alle Bürger*innen einbezieht und gute Versorgung für alle gewährleistet
- ▶ eine Erhöhung des Steuerzuschusses in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)
- ▶ eine Erweiterung der Leistungskataloge und Abschaffung der Zuzahlungen
- ▶ die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zu einer Pflegebürgervollversicherung, die alle pflegerischen Kosten abdeckt und die Pflegebedürftigen spürbar entlastet
- ▶ mehr Personal in der Pflege, bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen

Weiterführende Informationen:



www.igmetall.de/wahl21



metallforderung

EIN NEUES SOZIALES
SICHERUNGSVERSPRECHEN

Mehr wert, als er kostet: Für einen starken Sozialstaat

Eine Politik der starren Obergrenzen bei Sozialabgaben und der Kürzungen bei Sozialleistungen, die Arbeitgeberverbände und manche Parteien fordern, ist nur auf den ersten Blick billiger. Am Ende kommt sie die Gesellschaft teuer zu stehen. Ein starker Sozialstaat ist mehr wert, als er kostet.

Ob Kurzarbeiter- oder Kinderkrankengeld: Trotz unübersehbarer Schief lagen bewies der Sozialstaat auch in der Corona-Krise seine Leistungsfähigkeit. Er sichert mit seinen Leistungen soziale Risiken und Notlagen ab, stabilisiert Einkommen und gesellschaftliche Nachfrage. Er bietet zudem Sicherheit in Zeiten großer gesellschaftlicher Umbrüche.

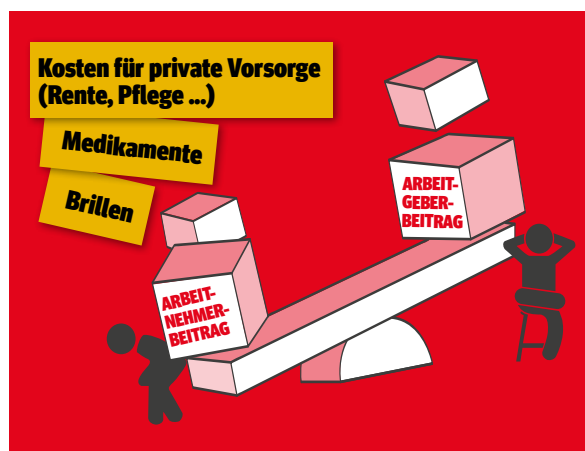
Wenn diese Sicherheit brüchig wird, wenn das soziale Sicherungsversprechen des Sozialstaats für viele dauerhaft und langfristig nicht mehr erfüllt wird, dann gefährdet das den sozialen Zusammenhalt und das Vertrauen in die Demokratie. Deshalb ist ein starker Sozialstaat nicht nur ökonomisch sinnvoll und sozial geboten, er ist auch ein Bollwerk gegen gesellschaftliche Spaltung.

Die IG Metall fordert daher einen aktiven Sozialstaat für eine soziale Transformation, einen Sozialstaat, der im Zusammenspiel betrieblicher Beteiligungsprozesse, wirksamer Mitbestimmung, tariflicher Aushandlungsprozesse und staatlicher arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Flankierung Brücken in die Arbeitswelt von morgen baut. Ein solcher Sozialstaat muss sein Sicherungsversprechen erneuern und seine Sicherungssysteme zukunftsfähig machen.

Gute Leistungen und gute Versorgung müssen in allen Bereichen garantiert sein – sei es in Gesundheit und Pflege, in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung, bei der Qualifizierung oder in den sozialen Grundsicherungssystemen.

Sie müssen im Mittelpunkt stehen, nicht möglichst niedrige Beiträge oder Steuern! Und diese müssen gerecht finanziert werden: paritätisch von Arbeitgeber*innen und Beschäftigten, gemeinschaftlich von allen Bürger*innen und Erwerbstätigen.

Gesamtmittel, ZDH und Co. fordern zusammen mit einem ganzen Katalog von Leistungseinschränkungen wie der weiteren Anhebung des Rentenalters, der Abschaffung der Rente ab 63 oder der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf maximal 12 Monate einen Deckel von 40 Prozent auf die gesamten Sozialabgaben. Auch einige Parteien haben sich diese Position zu eigen gemacht. Eine solch willkürliche Grenze deckelt jedoch keinesfalls den zunehmenden Bedarf an Versorgung und Unterstützung einer alternden und im Wandel befindlichen Arbeitsgesellschaft. Sie führt lediglich dazu, dass sich Arbeitgeber*innen ihrer Verpflichtung entziehen, die Kosten vermehrt auf die Beschäftigten verlagert werden und Leistungsabsenkungen vorprogrammiert sind.



Quelle: eigene Darstellung IG Metall

Durch Zuzahlungen für Medikamente, Brillen, Pflegekosten und ergänzende private Altersvorsorge sind die Beschäftigten zusätzlich zum Arbeitnehmerbeitrag zu den Sozialversicherungen belastet.

Deshalb erteilen wir einer gesetzlichen oder faktischen Festschreibung eines Deckels auf die Sozialabgaben eine entschiedene Absage:

Ein lautes „Nein“ zum Deckel!

Ein lautes „Ja“ zum starken Sozialstaat!

Auch am Wahlsonntag!

FAIRWANDEL

Wahl 21



Für eine gerechte Finanzierung des Sozialstaats

Die Lehre aus der Corona-Krise ist: Wir brauchen mehr und nicht weniger soziale Sicherheit! Wir fordern den Ausbau und eine gerechte Finanzierung des Sozialstaats.

Dies bedeutet zum einen, dass die Arbeitgeber*innen paritätisch an der Finanzierung von Gesundheit und Pflege, Renten- und Arbeitslosenversicherung beteiligt werden und die Lasten nicht durch immer mehr Zuzahlungen, höhere Eigenanteile, Leistungseinschränkungen in den öffentlichen Systemen und erzwungene zusätzliche private Vorsorge auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Die Waage muss wieder ins Gleichgewicht gebracht werden.



Quelle: eigene Darstellung IG Metall

Die Kosten der sozialen Sicherung müssen wieder gerecht verteilt werden – paritätisch zwischen Arbeitgeber*innen und Beschäftigten.

Gerechtigkeit im Sozialstaat bedeutet zum anderen, dass alle die gleiche Sicherheit bekommen müssen. „Alle rein in ein Solidarsystem!“ lautet deshalb die Devise der IG Metall.

Wir fordern den Gesetzgeber auf, die Leistungsfähigkeit der Kranken- und Pflegeversicherung über die Ausgestaltung zu einer solidarischen Bürgerversicherung zu stärken, die alle Bürger*innen einbezieht. Alle Erwerbstätigen sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen und zu gleichen Bedingungen Leistungen erhalten. Das erhöht nicht nur den sozialen Schutz etwa von Soloselbstständigen, die heute häufig gar nicht für das Alter abgesichert sind, es stärkt auch die Solidargemeinschaft und die Finanzbasis der gesetzlichen Rente.

Schließlich muss es darum gehen, die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben in allen Sozialversicherungssystemen sachgerecht aus Steuern zu finanzieren und dafür die Zuschüsse zu erhöhen. Aufgebracht werden müssen die Mittel durch eine faire Steuerpolitik, die die unteren und mittleren Einkommen entlastet und die höchsten Einkommen, Vermögende und Erbschaften stärker zur Finanzierung eines solidarischen und starken Sozialstaats heranzieht.



Die IG Metall fordert

- ▶ eine gerechte Finanzierung:
 - ▶ kein Deckel für die Sozialabgaben
 - ▶ paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber*innen und Beschäftigte
 - ▶ alle rein ins Solidarsystem: Bürger- und Erwerbstätigenversicherung
 - ▶ höhere Steuerzuschüsse zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben
- ▶ einen starken Sozialstaat, der Risiken zuverlässig absichert und Sicherheit im Wandel bietet
- ▶ gute Leistungen und gute Versorgung in den Mittelpunkt zu stellen

